

Die Radlsaison kann starten: Knapp 1.000 verkaufte Räder beim Münchner Radlflohmarkt

geschrieben von Andreas | 10. März 2017

Pressemitteilung

5/3/2017

Frühlingshaftes Wetter lockte rund 5.000 Besucherinnen und Besucher am Samstag, 4. März 2017, ins Zenith zum großen Flohmarkt der Radlhauptstadt München. Das Angebot war mit 1.650 gebrauchten Fahrrädern in diesem Jahr so groß wie noch nie. Fast 1.000 Räder wechselten ihren Besitzer.

Bereits zum sechsten Mal konnten Radlfans auf dem Münchner Radlflohmarkt gebrauchte Räder kaufen, verkaufen oder ein Radl des städtischen Fundbüros ersteigern. Unter den 1.650 angebotenen Rädern befanden sich größtenteils Vintage Bikes, Citybikes, Mountainbikes und Rennräder für Erwachsene. Das übrige Angebot bestand aus Kinderrädern, Tandems und Pedelecs. Zu Beginn der Veranstaltung um 10:00 Uhr war der Andrang besonders groß. Dank des umfangreichen Angebots standen für die Besucher bis zum Veranstaltungsschluss Räder zur Auswahl. Das Fundbüro der Landeshauptstadt München konnte bei seiner Auktion ab 13:30 Uhr alle 100 Räder erfolgreich versteigern.

Vor der Halle konnten die Kaufinteressenten die Räder Probe fahren und an den Infoständen der BikeKitchen und von Have a Bike halfen Radlexperten bei kleinen Reparaturen und standen bei Bedarf für eine Kaufberatung zur Verfügung. Die Münchner Polizei gab Tipps zur Diebstahlsicherung und der ADFC informierte über sein Angebot. „Wir freuen uns sehr, dass der Radlflohmarkt so gut angenommen wird und bereits zum sechsten Mal wieder viele Radlfans angelockt hat“, so Wigand von Sassen, Projektleiter der Initiative Radlhauptstadt München.

Mehr Informationen sind im Internet zu finden unter www.radlhauptstadt.de.

Über die Radlhauptstadt München

Die Initiative „Radlhauptstadt München“ fördert den Fahrradverkehr in München. Sie wird im Auftrag der Landeshauptstadt München von der Bietergemeinschaft Green City e.V./Green City Projekt GmbH und helios durchgeführt. Weitere Informationen unter www.radlhauptstadt.de.

Pressefotos

Kostenlos als Download unter <https://flic.kr/s/aHskVpS7ij>

Kontakt

Sonja Kämmler

Telefon: (089) 890 668 -312

presse@radlhauptstadt.de

Alternativmedizin immer populärer – BKK advita reagiert mit noch höheren Zuschüssen

geschrieben von Andreas | 10. März 2017

PRESSEMELDUNG

BKK advita erhöht Zuschuss für Schüßler-Salze und homöopathische sowie anthroposophische Arzneimittel auf insgesamt 200 Euro. Satzungsleistungen auf Gesamtwert von über 1100 Euro erhöht. B12, Eisen, Zink, Jod und B2-Untersuchung im Bonusprogramm enthalten. Gleichzeitig erzielt Kasse

Einnahmenüberschuss von rund 140.000 Euro.

Alzey, 03.03.2017

Die Nachfrage steigt. Seit Jahren schon setzen immer mehr Menschen auf die natürliche Unterstützung ihres Organismus durch alternativmedizinische Präparate oder naturheilkundliche Behandlungen.

Am 1.1.2017 hat die BKK advita viele alternativmedizinische Leistungen erneut erhöht. Für die Nutzung von Schüßler-Salzen können die Kunden nun bis zu 100 Euro jährlich erstattet bekommen. Gleiches gilt seit Jahresbeginn auch für homöopathische Arzneimittel. „Wir legen großen Wert auf die natürliche Unterstützung unserer Kunden mit den gewünschten Präparaten“, so Kornelia Diehm-Ottawa, stellvertretende Vorständin der BKK advita. „Wir haben deswegen auch den Zuschuss für die naturheilkundliche Zahnbehandlung auf 100 Euro im Jahr erhöht“.

Auch die Zahler jener, die sich pflanzlich ernähren steigt stetig an. Mitglieder, die am Bonusprogramm der Kasse teilnehmen, können sich dadurch ihre B12, Eisen, Zink, Jod und B2-Untersuchung sichern.

Die steigenden Zuschüsse gehen einher mit einem zudem positiven vorläufigen Rechnungsergebnis. Für das Jahr 2016 kann die Kasse einen Einnahmenüberschuss von rund 140.000 Euro melden. „Es freut uns besonders, dass wir mit unserem guten Ergebnis auch den Kunden immer wieder etwas zurückgeben können“, so Norbert Pasternack, Vorstand der Kasse. „Unsere Mitglieder haben die Möglichkeit zu den gesetzlichen Leistungen weitere Satzungsleistungen im Gesamtwert von über 1100 Euro in Anspruch zu nehmen.

Und das bei gleich bleibendem Beitragssatz in Höhe von 15,7 Prozent“ freut sich Pasternack.

Eine Auswahl der Satzungsleistungen der BKK advita:

Bonusprogramm

(inklusive B12, Eisen, Zink, Jod und B2-Untersuchung): 190 Euro

Osteopathie: 240 Euro

Schüßler-Salze: 100 Euro

Homöopathische/anthroposophische Arzneimittel: 100 Euro

Naturheilkundliche Zahnbehandlung: 100 Euro

Präventionskurse: 198 Euro

Nestwärme: 200 Euro

Beitragssatz: 15,7 Prozent

Über die BKK advita

Die BKK advita ist die erste umweltzertifizierte Krankenkasse Deutschlands. Im Fokus stehen die Verbindung zwischen Umwelt und Gesundheit sowie der Gedanke der Nachhaltigkeit. So werden schulmedizinische Leistungen durch eine Vielzahl natürlicher und auf Nachhaltigkeit ausgelegter Behandlungsangebote, wie beispielsweise Homöopathie, Osteopathie, Biofeedback oder Leistungen der Naturheilzahnkunde ergänzt. Langfristig angelegte Vorsorge- und Präventionsleistungen dienen dem persönlichen Gesundheitsmanagement der Versicherten. Werber können Ihre Prämie für Baumpatenschaften spenden und die Zusammenarbeit im Finanzsektor erfolgt mit nachhaltig orientierten Banken. Der Ökostrombezug sowie die Reduktion von Verbrauchsgütern runden die Klimaschutzaktivitäten ab.

Seit 1. Januar 2015 können die gesetzlichen Krankenkassen ihren Beitragssatz innerhalb gewisser Grenzen selbst festlegen. Die Mitglieder der BKK advita profitieren auch weiterhin von der finanziellen Stabilität mit einem vom Schätzerkreis empfohlenen durchschnittlichen Beitragssatz in Höhe von 15,7 Prozent.

Der Sitz der BKK advita befindet sich in Mainz, die Hauptverwaltung befindet sich im rheinhessischen Alzey. Ursprünglich war sie eine Betriebskrankenkasse nur für die Mitarbeiter von drei Unternehmen (Schott AG, Carl Zeiss AG und KSB AG). Seit Ende 2010 ist die BKK advita nachhaltig ausgerichtet und bietet ihre Leistungen als geöffnete Krankenkasse bundesweit an. Weitere Informationen finden Sie unter www.bkk-advita.de.

Pressekontakt:

BKK advita

Dr. Gabriele Ackermann

Mainzer Str. 5, 55232 Alzey

Tel: +49 (0)6731 / 9474-140

E-Mail: gabriele.ackermann@bkk-advita.de

162 NGOs fordern von Regierungen Einsatz für Menschenrechte statt Abweisung von Migranten

geschrieben von Andreas | 10. März 2017

Erklärung vor dem EU-Gipfel

Berlin, 8.3.2017. Die Regierungen der EU müssen in ihrer Flucht- und Migrationspolitik die menschenrechtlichen Grundlagen achten, auf denen die Europäische Union gründet. Menschen vor allem davon abzuhalten, europäischen Boden zu erreichen und ihnen damit den nötigen Schutz zu verweigern, wird dem nicht gerecht. Die Verantwortlichen müssen außerdem konsequent rassistischen und rechtspopulistischen Strömungen entgegentreten, die den Zusammenhalt Europas gefährden. Das fordern 162 Nichtregierungsorganisationen aus über 20 Ländern, darunter Oxfam und Save the Children, in einer gemeinsamen Erklärung im Vorfeld des EU-Gipfels, der diese Woche stattfindet.

Konkret heißt es in dem Aufruf:

„Wir appellieren [...] an Sie, politische Führung zu übernehmen und die Rechte und Werte hochzuhalten, die seit 60 Jahren die Gründungsprinzipien der Europäischen Union bilden. Gemeinsam müssen wir verhindern, dass legitime Sorgen [...] ausgenutzt und missbraucht werden, um das Europäische Projekt zu Fall zu bringen.“

„Als die Zahlen ankommender Flüchtlinge im Sommer 2015 stiegen, war Europa nicht in der Lage zusammenzuhalten und mit Menschlichkeit, Würde und Solidarität zu reagieren. Bis heute sind die europäischen Nationen nicht willens, nach völker- und europarechtlichen Vorgaben zu handeln.“

„Wir vernehmen, dass Sie sich immer wieder zu den europäischen Werten bekennen – Respekt für Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Vorrang des Rechts und Menschenrechte. Aber wir erwarten, dass Sie auch entsprechend diesen Werten handeln. Zu viele Regierungen sind bis heute zu sehr damit beschäftigt, Menschen von Europa fernzuhalten. Damit riskieren sie, dass gerade diejenigen, die am dringendsten Schutz brauchen, keinen bekommen.“

„Wir erwarten eine nachhaltige, weitsichtige Migrationspolitik, die den Respekt für Menschenrechte garantiert, anstatt sie zu gefährden. Dazu gehört die Erweiterung von sicheren und regulären Zugangswegen nach Europa mit humanitären und anderen Visa, die Schaffung von mehr Resettlement-Plätzen sowie verbesserte Bedingungen für Familienzusammenführungen.“

„Nur ein Europa, das die Rechte von ausnahmslos allen verteidigt, ist ein Europa, auf das wir stolz sein können.“

Hinweis an Redaktionen:

Die vollständige Erklärung (in deutscher Sprache) steht hier zum [Download](https://oxfam.box.com/s/evrcsfbfvhyxc0hoo0h17exrvxjplg53) bereit:
<https://oxfam.box.com/s/evrcsfbfvhyxc0hoo0h17exrvxjplg53>

Pressekontakte:

Oxfam: Steffen Küßner, skuessner@oxfam.de, 030 453069-710, 0177-8809977

Save the Children: Claudia Kepp, 030 27595979-280, Claudia.Kepp@savethechildren.de

Oxfam ist eine internationale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation, die weltweit Menschen mobilisiert, um Armut aus eigener Kraft zu überwinden. Dafür arbeiten im Oxfam-Verbund 19 Oxfam-Organisationen Seite an Seite mit rund 3.500 lokalen Partnern in mehr als 90 Ländern.

Mehr unter www.oxfam.de

Oxfam Deutschland e.V.
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Deutschland

ABO Wind lädt bei der Energy Storage auf die Erneuerbare-Energie-Insel ein

geschrieben von Andreas | 10. März 2017
Pressemitteilung

- Wiesbadener Unternehmen präsentiert Off-Grid-Lösungen mit Erneuerbaren
- Abgelegene Orte können von umweltfreundlicher Technik profitieren
- PV- und Windenergie senken Stromkosten

- Mehr Informationen gibt es auf der Energy Storage in Halle 8b / B02

(Wiesbaden, 09. März 2017) ABO Wind präsentiert auf der diesjährigen Energy Storage-Konferenz vom 14. bis 16. März in Düsseldorf Konzepte für Off-Grid-Systeme mit Wind, Sonne und Speichern. Im Unterschied zur Energieerzeugung mit Dieselgeneratoren zeichnet sich der Ansatz des Wiesbadener Unternehmens durch den Einsatz von erneuerbaren Energiequellen aus. Strom aus Wind und Sonne ist an vielen Standorten ohne Netzanschluss nicht nur umweltfreundlicher, sondern auch deutlich günstiger als die bisher üblichen Varianten zur Energieversorgung. „Das ist besonders interessant für Orte wie Minen, vom Versorgungsnetz abgeschiedene Siedlungen oder Inseln“, sagt Jörg Wirtz, Projektleiter in der Abteilung für Zukunftsenergien bei ABO Wind. Dank Photovoltaik und Windenergieanlagen in Kombination mit modernen Speichertechnologien müssen Tankfahrzeuge deutlich weniger Diesel in isolierte Gegenden transportieren. Der Strom wird stattdessen hauptsächlich ressourcenschonend vor Ort produziert, gespeichert und genutzt. Im Idealfall macht ein solches Off-Grid-System mit Wind und Sonne Dieselgeneratoren völlig obsolet.

ABO Wind ist außerdem auf der begleitenden Internationalen Konferenz zur Speicherung Erneuerbarer Energien (IRES 2017) vertreten. Experten aus der Zukunftsabteilung des Wiesbadener Unternehmens präsentieren im Rahmen der Posterausstellung Konzepte zum Aufbau eines deutschlandweiten Netzes von Wasserstofftankstellen sowie eine integrierte Speicherlösung mit Redox-Flow-Batterien zur Energieversorgung eines Gewerbeparks.

Mehr Informationen zu den Speicherprojekten von ABO Wind gibt es auf der Energy Storage in Halle 8b / B02 sowie unter www.abo-wind.de/energie-insel.

Kontakt:

Dr. Daniel Duben
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

ABO Wind AG
Unter den Eichen 7, 65195 Wiesbaden
Tel: (0611) 267 65-577; Fax: -599
Mobil: 0152 567 11 577
daniel.duben@abo-wind.de
www.abo-wind.de

„Aufgeben nicht denkbar“: Mehr als 20 Organisationen fordern für Millionen eingeschlossene Menschen in Syrien freien humanitären Zugang

geschrieben von Andreas | 10. März 2017

Aktion vor dem deutschen Bundestag: „Uns sind die Hände gebunden“

Berlin, 9. März 2017. Im Vorfeld des sechsten Jahrestages der Syrienkrise machten heute mehr als 20 deutsche Organisationen darauf aufmerksam, dass in Syrien weiterhin etwa fünf Millionen Menschen in 13 belagerten und schwer erreichbaren Gebieten ausharren. Unter dem Motto „Uns sind die Hände gebunden“ versammelten sich heute mehr als 100 humanitäre Helfer/innen vor dem Bundestag.

„Wir appellieren an die Bundesregierung und die internationale Gemeinschaft, alles dafür zu tun, den humanitären Zugang sicherzustellen und das Völkerrecht zu wahren. Aleppo ist bis heute Inbegriff des Grauens, das Menschen erleben, die ständig beschossen werden und komplett eingeschlossen sind. In Syrien gibt es jedoch insgesamt 13 Orte wie Aleppo“, so die Hilfsorganisationen.

Bei der Aktion standen Mitarbeiter/innen der Hilfsorganisationen nebeneinander, ihre Hände mit rotem Seil verbunden. Gleichzeitig wurden Schlagzeilen von Pressemeldungen und Statements vorgelesen, die die Organisationen in den letzten sechs Jahren Krieg verschickt haben – eine Chronologie des Horrors und der größten humanitären Krise unserer Zeit. „Wir haben über die unmittelbaren und langfristigen Auswirkungen der Gewalt vielfach informiert. Trotz gebrochener Waffenruhen und vieler Gefahren für unsere lokalen Helfer sichern wir mit Partnern notleidenden Menschen aus allen Regionen Syriens das Überleben. Ein Aufgeben ist für uns nicht denkbar. Wenn es um den humanitären Zugang zu Millionen von Menschen in schwer erreichbaren und belagerten Gebieten geht sind uns jedoch die Hände gebunden“, so die Organisationen.

Marion Lieser, Geschäftsführerin Oxfam Deutschland e.V.: „Die Lage für die Bevölkerung in den eingeschlossenen Gebieten in Syrien ist verzweifelt. Millionen Menschen sind von der Trinkwasserversorgung weitgehend abgeschnitten. Die Kriegsparteien müssen ihre Belagerungen umgehend einstellen und Helfern Zugang zu den umkämpften Gebieten ermöglichen. Gleichzeitig muss es Friedensverhandlungen geben, an denen unabhängige Vertreter der syrischen Zivilgesellschaft aktiv teilhaben, insbesondere auch Frauen. Denn ein Frieden wird nur dann tragen, wenn er den Menschen in Syrien dient.“

Bildmaterial:

Fotos zur Aktion können unter folgendem Link heruntergeladen

werden:

www.picdrop.de/mikeauerbach/Uns+sind+die+H%C3%A4nde+gebunden

Medienkontakte:

- Oxfam Deutschland, Steffen Küßner, Tel.: 030-45 30 69 710, 0177-8809977, E-Mail: skuessner@oxfam.de
- CARE, Johanna Mitscherlich, mitscherlich@care.de, 0228-9756348 / 0176-70330114
- Deutscher Caritasverband e. V./Caritas international, Marie von Manteuffel, marie.vonmanteuffel@caritas.de, 030 28 444 747 / 0177-2368050
- Johanniter-Auslandshilfe, Sandra Lorenz, sandra.lorenz@johanniter.de, 0172-5638740
- Save the Children, Claudia Kepp, Claudia.Kepp@savethechildren.de, 030-27595979280
- Terre des hommes Deutschland e.V., Wolf Christian Ramm, c.ramm@tdh.de, 0171 6729748
- World Vision, Iris Manner, Iris_Manner@wvi.org, +49 172 916 0878

Liste der teilnehmenden Organisationen:

1. Action Medeor
2. ADRA
3. Aktion Deutschland Hilft
4. arche noVa – Initiative für Menschen in Not
5. Ärzte der Welt
6. AWO International
7. CARE Deutschland-Luxemburg e.V.
8. Deutscher Caritasverband e. V./Caritas international
9. Handicap International
10. Help – Hilfe zur Selbsthilfe
11. International Rescue Committee (IRC) Deutschland
12. Islamic Relief Deutschland e.V.
13. Johanniter-Unfall-Hilfe-e.V.
14. Kindernothilfe e.V.
15. Malteser International

16. Oxfam Deutschland
17. Plan International Deutschland e.V.
18. Save the Children
19. Stiftung Schüler Helfen Leben
20. Terre des hommes
21. VENRO
22. Verband Deutsch-Syrischer Hilfsvereine e.V.
23. World Vision

Oxfam ist eine internationale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation, die weltweit Menschen mobilisiert, um Armut aus eigener Kraft zu überwinden. Dafür arbeiten im Oxfam-Verbund 19 Oxfam-Organisationen Seite an Seite mit rund 3.500 lokalen Partnern in mehr als 90 Ländern.

Mehr unter www.oxfam.de

Kontakt

Oxfam Deutschland e.V.
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Deutschland

**Neues Gesetz zu
Berichtspflichten über
Menschenrechte betrifft nur
rund 550 Unternehmen –**

Germanwatch kritisiert schwache Umsetzung der EU- Richtlinie zu Transparenzpflichten durch Deutschland

geschrieben von Andreas | 10. März 2017

Pressemitteilung Germanwatch

Berlin/Bonn (9. März 2017). Der Bundestag verabschiedet heute ein Gesetz zur Stärkung der Berichterstattung über nichtfinanzielle Risiken von Unternehmen und setzt damit Vorgaben einer EU-Richtlinie um. Die Entwicklungs- und Umweltorganisation Germanwatch spricht von einer schwachen Umsetzung der Richtlinie. Das neue Gesetz betrifft nämlich nur bestimmte kapitalmarktorientierte Unternehmen mit über 500 Beschäftigten. Diese müssen über wesentliche Risiken ihrer Tätigkeit für Menschen- und Arbeitnehmerrechte sowie die Umwelt berichten. Durch diese Einschränkungen sind in Deutschland nur etwa 550 Großunternehmen und Konzerne vom Gesetz erfasst. Zudem stellt das Gesetz nicht klar, inwiefern diese Unternehmen über Risiken berichten müssen, die zwar auch von ihnen verursacht werden, aber nicht unmittelbar ihren Geschäftsverlauf beeinflussen. „Es ist enttäuschend, dass Deutschland die EU-Vorgaben so ambitionslos umgesetzt hat“, sagt Klaus Milke, Vorstandsvorsitzender von Germanwatch. Denn die Richtlinie habe reichlich Spielraum für eine konsequentere Umsetzung gelassen.

„Je mehr Unternehmen über ihre Risiken und ihr Risikomanagement berichten, desto verantwortungsvoller können Anteilseigner, Geschäftspartner und Verbraucher ihre Entscheidungen daran ausrichten“, so Klaus Milke weiter. „In

Deutschland sind die meisten großen Familienunternehmen wie zum Beispiel Aldi, Lidl und Würth nicht erfasst. Gerade für die deutsche Wirtschaft, in der auch viele große Familienunternehmen global aktiv sind, wäre die Erfassung auch dieser Unternehmen wichtig.“

In Dänemark und Schweden müssen deutlich mehr Unternehmen berichten

In Dänemark und Schweden mit ihren deutlich kleineren Volkswirtschaften sind mit jeweils knapp über 1000 Unternehmen zukünftig fast doppelt so viele wie in Deutschland von der Berichtspflicht erfasst. Diese Länder haben die Beschäftigtenzahl auf 250 Beschäftigte herabgesetzt und so die Berichtspflicht auf deutlich mehr Unternehmen ausgeweitet.

Positiv ist aus Sicht von Germanwatch, dass zum ersten Mal Unternehmen überhaupt über wesentliche Menschenrechts- und Umweltrisiken auch entlang ihrer Geschäftsbeziehungen berichten und Konzepte zum Umgang mit diesen Risiken darlegen müssen. Das neue Gesetz bezieht sich auf die Risiken, die unmittelbar finanzrelevant für das Unternehmen sind. Andere Risiken, die das Unternehmen und seine Zulieferer für Mensch und Umwelt verursachen, sind dabei nicht zweifelsfrei einbezogen. Milke: „Unternehmen, deren Zulieferer zum Beispiel die Fabrikbrände in Bangladesch und Pakistan mit zu verantworten hatten, müssen eindeutig verpflichtet werden darzulegen, wie sie mit Risiken dieser Art umgehen. Das Gesetz bleibt hier zu schwammig, da Unternehmen auch bei massiven Menschenrechtsbeeinträchtigungen das Schlupfloch der fehlenden Geschäftsrelevanz nutzen können. Da muss nachgebessert werden. Transparenz ist die notwendige Grundlage dafür, dass Unternehmen für von ihnen verursachte Risiken auch Verantwortung übernehmen.“

Die Bundesregierung hatte zu den Entwürfen des Gesetzes Stellungnahmen aus der Fachöffentlichkeit eingeholt. Auch Germanwatch hat sich an diesem Prozess beteiligt. In den

Stellungnahmen sind weitere Kritikpunkte am Gesetz enthalten.
Link: www.germanwatch.org/de/13595

Kontakt für Medien: Johanna Kusch, Tel.: 030- 25888 3565,
Mail: kusch@germanwatch.org

—
Germanwatch e.V.
Dr.Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 604 92-0, Fax -19
E-Mail: info@germanwatch.org
www.germanwatch.org

Mehr als schön: Ecodesign als Investition in eine nachhaltige Zukunft – Auftakt des Umweltkommunikationsprojekts erneut mit Ausstellung und Workshop in Ludwigsburg

geschrieben von Andreas | 10. März 2017
Pressemitteilung
Berlin, 8. März 2017

Auch in diesem Jahr startet das von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt fachlich und finanziell geförderte Umweltkommunikationsprojekt „Ecodesign als Beitrag zu einer umweltverträglichen und materialeffizienten Produktgestaltung“ wieder mit einer feierlichen Veranstaltung am 20. März im Scala in Ludwigsburg. Im Anschluss eröffnet die Wanderausstellung „Mehr als schön“ im MIK Museum Information Kunst Ludwigsburg. Die dort präsentierten beispielhaften Projekte möchten Unternehmen, Designbüros und -agenturen sowie Verbraucherinnen und Verbraucher für ökologische Gestaltung sensibilisieren. Auf unternehmerischer Seite soll zu einem besseren Verständnis von Ecodesign als zukunftsweisendem Innovationsfaktor sowie zu mehr Kooperationen mit Kreativen angeregt werden. Workshops und Diskussionsveranstaltungen bieten Gelegenheit zu Information und Austausch.

Die in der Wanderausstellung präsentierten Arbeiten zeigen, wie ein frühzeitiger Einsatz von Designkompetenzen in der Produktentwicklung zu gut durchdachten und umweltverträglichen Produkten, Konzepten sowie Services führen kann. Eine gründliche Gestaltungsarbeit, die neben der Ästhetik von Anfang an Herstellung, Gebrauch, Recycling oder Entsorgung, aber auch das Nutzerverhalten einbezieht, führt zu Ergebnissen, die langfristig überzeugen – die „Mehr als schön“ sind.

Die Ausstellung ist vom 21. März bis 9. April 2017 im MIK Ludwigsburg zu sehen. Sie zeigt herausragende Ideen und Lösungen für nachhaltiges Design, die es 2016 in die engere Wahl für den Bundespreis Ecodesign geschafft haben. Eine aus Design- und Umweltexperten bestehende Jury hat insgesamt 26 Produkte, Dienstleistungen und Konzepte nominiert, von denen acht den Preis erhielten.

Am 27. März führt die Umweltexpertin Dr. Ulrike Eberle im MIK einen Workshop zum Thema „Umwelt- und Nachhaltigkeitsbewertung von Produkten und Dienstleistungen“ durch. Neben theoretischem Wissen zu Ecodesign steht die praktische Anwendung im

Mittelpunkt. Zielgruppe sind Designerinnen und Designer sowie kleine und mittlere Unternehmen, die wenig oder keine Erfahrung in der Anwendung der Prinzipien und Kriterien von Ecodesign haben.

Nach der Präsentation im MIK wird die Ausstellung dieses Jahr auch im Rahmen der vom Umweltbundesamt veranstalteten Konferenz „Wider die Verschwendung“ am 11. Mai in Berlin, von Juli bis August im Umweltbundesamt in Dessau und anschließend bis in den November im Designhaus Darmstadt gezeigt.

Designerinnen und Designer sind keine Stylisten, sondern können zu einem guten Nachhaltigkeitsmanagement und einer zukunftssträchtigen Positionierung auf dem Markt verhelfen. Doch gerade kleine und mittlere Unternehmen schrecken oft vor vermeintlich hohen Kosten für Gestaltungsarbeit zurück. Das Umweltkommunikationsprojekt speziell für kleine- und mittelständische Unternehmen möchte hier Abhilfe schaffen: Zum einen vermitteln die Qualifizierungsworkshops sowohl umfassendes Wissen zu Ecodesign als auch zu Möglichkeiten seiner Implementierung in Unternehmensprozesse. Zum anderen bieten sie Gelegenheit zur regionalen Vernetzung.

Das Projekt läuft von November 2015 bis Oktober 2018. In diesem Zeitraum sind deutschlandweit mindestens zwölf Qualifizierungsworkshops sowie Vorträge, Podiumsdiskussionen und weitere Veranstaltungen geplant. Das Vorhaben wird fachlich und finanziell mit knapp 125.000 € von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt unterstützt. Für die Konzeption und Durchführung ist das Internationale Design Zentrum Berlin (IDZ) verantwortlich.

Auftaktveranstaltung und Ausstellungseröffnung

20. März 2017, 19 Uhr
im Scala, Ludwigsburg

Ausstellung „Mehr als schön“

21. März bis 9. April 2017

im MIK Museum Information Kunst, Ludwigsburg

Öffnungszeiten:

Dienstag bis Sonntag 10 bis 18 Uhr

Montags und an Feiertagen geschlossen

Workshop in Ludwigsburg

27. März 2017, 9 bis 16 Uhr

im MIK Museum Information Kunst, Ludwigsburg

Thema: „Umwelt- und Nachhaltigkeitsbewertung von Produkten und Dienstleistungen“

Leitung: Dr. Ulrike Eberle, corsus – corporate sustainability

Teilnahme kostenlos, Anmeldung per Mail an medien@ludwigsburg.de

Weitere bisher geplante Stationen der Ausstellung

21. März bis 9. April 2017 im MIK Museum Information Kunst, Ludwigsburg

11. Mai 2017 zur Konferenz „Wider die Verschwendung“ in der Jerusalemkirche, Berlin

13. Juli bis 27. August 2017 im Umweltbundesamt, Dessau

31. August bis 5. November 2017 im Designhaus Darmstadt

Das Bundesumweltministerium und das Umweltbundesamt loben den Bundespreis Ecodesign seit 2012 in Kooperation mit dem Internationalen Design Zentrum Berlin jährlich aus. Weitere Informationen zum Bundespreis Ecodesign unter bundespreis-ecodesign.de.

Kontakt

IDZ | Internationales Design Zentrum Berlin e.V.

Am Park 4

10785 Berlin

Ansprechpartnerin für Pressefragen: Lene Schwarz

T +49 (0)30 61 62 321-21

F +49 (0)30 61 62 321-19

lene.schwarz@idz.de

ECOVIN.Jungwinzertagung 2017- Ausflug in die Zukunft und wieder zurück

geschrieben von Andreas | 10. März 2017

PRESSEMITTEILUNG

Oppenheim, 09.03.2017. 50 begeisterte Jungwinzerinnen und Jungwinzer auf der 3. ECOVIN.Jungwinzertagung. Premiere auf Schloss Ortenberg in Baden ein voller Erfolg.

50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen vom 03. bis 05. März 2017 zur 3. ECOVIN.Jungwinzertagung ins Schloss Ortenberg in Baden. Die Tagung stand unter dem Motto „ZURÜCK IN DIE ZUKUNFT“. Die Jungwinzerinnen und Jungwinzer begaben sich gemeinsam auf eine Zeitreise, um den Weinbau der Zukunft zu entwickeln. Inspiration und Input dazu gab es von hochkarätigen ReferentInnen, neuen Diskussionsformaten, sowie einem außergewöhnlichen Abendprogramm. Daneben gab es viel Raum und Zeit zum gegenseitigen Austausch und Netzwerken unter den TeilnehmerInnen und ReferentInnen.

Die ECOVIN.Jungwinzertagung ist für und von Jungwinzerinnen und Jungwinzern entwickelt. Die ehrenamtlich arbeitende Vorbereitungsgruppe wählte in diesem Jahr das Motto „Zurück in die Zukunft“. Der Samstag stand unter dem Thema *Pflanzenschutz – neue Strategien*. Dieses Thema wählten die OrganisatorInnen der ECOVIN.Jungwinzertagung aufgrund der Herausforderungen der Vegetationsperiode 2016. Im ökologischen Weinbau sind die Behandlungsmittel der Rebe bewusst begrenzt.

Daher befasste sich die Tagung mit alternativen Lösungsansätzen für gesunde Reben im ökologischen Weinbau.

Matthias Friedel von der Hochschule Geisenheim berichtete über neue Pilzwiderstandsfähige Rebsorten (PiWis) im Minimalschnitt, Prof. Dr. Beate Berkelmann-Löhnertz (HS Geisenheim) stellte ihre Forschung bezüglich UV C-Behandlung bei Reben vor, Prof. Dr. Reinhard Töpfer (JKI Darmstadt) referierte zum Thema „Neue gentechnische Verfahren und Züchtung“.

Den OrganisatorInnen war es wichtig, über den Tellerrand zu schauen und von anderen Branchen zu lernen. So berichtete Cornelia Maute über Homöopathie für Pflanzen und Doris Bigga über ätherische Öle und die Funktion von Düften. Das kulturelle Highlight am Samstagabend war die PIWI-Impro-Weinprobe. Geladen waren zwei Künstler aus dem Improvisationstheater: Stefan Kollmeier und Ulrich Jungblut, die die Welt der Weine mit ihren Impro-Theaterkünsten auf den Kopf stellten. Wein ist eben auch ein Kulturgut, das in all seinen Facetten und Kunstformen gefeiert werden kann.

Am Sonntag standen Vermarktungsthemen im Vordergrund der ECOVIN.Jungwinzertagung. In diesem Jahr lautete der Titel: *Generationenwechsel – wird es Zeit sich neu zu erfinden?* Prof. Dr. Dreßler (Weincampus Neustadt) präsentierte den Film „Ab in die Zukunft- Weinbranche 2050“ und bezog diesen auf die Herausforderungen der unternehmerischen Entscheidungen im Weingut. Aus ihren Erfahrungen in der Unternehmensnachfolge berichteten die beiden ECOVIN Winzer Fabian Zähringer und Christoph Klopfer und zahlreiche Teilnehmende, die sich rege in die Diskussion einbrachten.

Das Fazit der 3.ECOVIN.Jungwinzertagung fällt sehr positiv aus: Es war ein inspirierendes Wochenende, mit inhaltlich hochwertigen Beiträgen, intensivem Austausch und natürlich hochkarätigem Weingenuss! Die ECOVIN.Jungwinzertagung hat sich für die jungen Winzer und Winzerinnen als eine notwendige und gefragte Institution etabliert. Eine Fortsetzung in 2018 steht

außer Frage.

Wir danken unseren Sponsoren: BIOFA, Braun, Deutscher Kork-Verband e.V., Erbslöh, Klug, Richard Wagner Kellereibedarf, Ero Binger Seilzug, Hoffmann Landmaschinen.

Die Jungwinzertagung wurde gefördert vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz im Rahmen des Bundesprogramms Ökologischer Landbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft, BÖLN.

Weitere Informationen finden Sie auf unserer Homepage:
<http://www.ecovin.de/entdecken/nachrichten/ecovinjungwinzertagung-2017-ausflug-die-zukunft-und-wieder-zurueck>

Kontakt

Susanne Sommer
Kommunikation und Projekte

Mo.-Do. 8 – 16 Uhr & Fr. 8 – 14 Uhr

ECOVIN

Bundesverband Ökologischer Weinbau

Wormser Str. 162

55276 Oppenheim

T + 49 (0)61 33 16 40 | F + 49 (0)61 33 16 09

s.sommer@ecovin.de

Politikdialog: Steuerwettlauf ins Bodenlose?

geschrieben von Andreas | 10. März 2017

Presseeinladung: 7.3.2017, 16.00-18.30, Berlin

Dialogforum Steuergerechtigkeit für Entwicklung diskutiert die Rolle Deutschlands und der G20 bei der Besteuerung multinationaler Unternehmen

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, durch die Steuervermeidung von Unternehmen verlieren arme Länder mindestens 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr, die EU sogar eine Billion Euro. In den vergangenen Jahren haben die G20 im Rahmen ihres Aktionsplans gegen die Gewinnkürzung und -verlagerung von Unternehmen (Base Erosion and Profit Shifting, BEPS) erste Maßnahmen ergriffen, um dem entgegenzutreten. Gleichzeitig droht nach den Ankündigungen aus den USA und Großbritannien, massive Steuersenkungen für Unternehmen vornehmen zu wollen, eine neue Runde im internationalen Steuerwettlauf nach unten.

Wie entwicklungsfreundlich sind die bisherigen Beschlüsse auf G20-Ebene? Welche weiteren Initiativen müssen in den kommenden Jahren hinsichtlich einer angemessenen Besteuerung von Unternehmen Ebene ergriffen werden? Und welche Akzente kann die deutsche G20-Präsidentschaft 2017 setzen?

Diesen Fragen widmet sich das **Dialogforum Steuergerechtigkeit für Entwicklung** in einer öffentlichen Diskussion zwischen Vertreterinnen und Vertretern von Regierung, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Politik, zu der **Oxfam Deutschland**, das **Netzwerk Steuergerechtigkeit** und **WEED** (Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung) herzlich einladen.

Wann? Dienstag, 7. März, 16:00-18:30

Wo? 10117 Berlin, Johannisstraße 2, Kalkscheune

Begrüßung: Marion Lieser, Geschäftsführerin Oxfam Deutschland

Key Note: Annet Oguttu, Professorin für Steuerrecht an der University of South Africa, Pretoria

Video Statement: Antoine Deltour, Whistleblower im Luxemburg-

Leaks-Skandal

Es diskutieren:

Annet Oguttu, Professorin für Steuerrecht an der University of South Africa, Pretoria

Michael Sell, Leiter der Steuerabteilung, Bundesministerium der Finanzen

Francis Weyzig, Experte für Steuergerechtigkeit, Oxfam Niederlande

Moderation: Tanja Samrotzki, Journalistin

Die Veranstaltungssprache ist Deutsch. Eine Simultanübersetzung Deutsch-Englisch-Französisch wird angeboten.

Hinweis an Redaktionen:

Das Dialogforum ist **keine spezielle Presseveranstaltung**, Medienvertreter/innen sind jedoch eingeladen teilzunehmen. Fragen aus dem Publikum sind gestattet.

Einige der Diskussionsteilnehmer/innen stehen nach Abschluss der Veranstaltung auch für weiterführende Gespräche und Interviews zur Verfügung. Ebenso folgende Experten:

Markus Henn, Referent für Finanzmärkte, Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung – WEED e.V.

Dereje Alemayehu, Chair, Coordination Committee Global Alliance for Tax Justice

Tobias Hauschild, Referent Entwicklungsfinanzierung, Oxfam Deutschland e.V.

Pressekontakt:

Steffen Küßner, Tel.: 030-45 30 69 710, E-Mail: skuessner@oxfam.de

Oxfam ist eine internationale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation, die weltweit Menschen mobilisiert,

um Armut aus eigener Kraft zu überwinden. Dafür arbeiten im Oxfam-Verbund 19 Oxfam-Organisationen Seite an Seite mit rund 3.500 lokalen Partnern in mehr als 90 Ländern.

Mehr unter www.oxfam.de

Neue Studie erschienen: „Zwei Paar Schuhe? – Indonesische Lederschuhproduktion und Arbeitsrechte“

geschrieben von Andreas | 10. März 2017
Pressemitteilung

Bonn/Berlin, 01. März 2017: Will man wissen, unter welchen sozialen und ökologischen Bedingungen unsere Lederschuhe hergestellt werden, lohnt sich ein Blick nach Indonesien. Das Land ist mit rund 1 Mrd. Paar Schuhen bzw. einem Weltmarktanteil von 4,4 % der viertgrößte Schuhproduzent nach China, Indien und Vietnam. Die Arbeitsbedingungen im indonesischen Schuh- und Ledersektor lassen jedoch zu wünschen übrig, und das trotz bemerkenswerter arbeitsrechtlicher Errungenschaften und weitreichender gesetzlicher Bestimmungen. Das sind die Ergebnisse einer heute erschienenen Studie von SÜDWIND und INKOTA.

In der Studie wird gezeigt, dass extrem niedrige Löhne, fehlende Gewerkschaften bzw. eine massive Einschränkung der Versammlungsfreiheit, nicht gezahlte Sozialversicherungsbeiträge und Bestrafungen von ArbeiterInnen keine Seltenheit sind. Dabei sticht insbesondere die prekäre

und rechtlose Situation der HeimarbeiterInnen ins Auge. Sie verfügen weder über Arbeitsverträge noch eine Sozialversicherung. Sie arbeiten zudem zu Löhnen, die nur einen Bruchteil des lokalen Mindestlohns ausmachen. „Es hat sich gezeigt, dass die Arbeitsbedingungen in der gesamten indonesischen Leder- und Schuhindustrie in Indonesien dringend verbessert werden müssen“, so Anton Pieper von SÜDWIND, einer der AutorInnen der Studie.

Die Studie basiert auf Befragungen, die vom Change Your Shoes-Partner TURC (Trade Union Rights Centre) in den Jahren 2015 und 2016 durchgeführt wurden. Interviewt wurden ArbeiterInnen aus Fabriken, die u. a. für die europäischen Markenunternehmen Ara, Deichmann und Ecco Lederschuhe herstellen.

„Die Aussagen der ArbeiterInnen widersprechen in vielen Fällen denen der Unternehmen, die auf die hohen arbeitsrechtlichen Standards ihrer Verhaltenskodizes und CSR-Initiativen verweisen“ so Nora Große von INKOTA.

Die HerausgeberInnen fordern, dass Unternehmen endlich ihre Hausaufgaben machen und Verantwortung übernehmen. „Verhaltenskodizes und CSR-Initiativen sind nur dann nachhaltig, wenn sich die Verantwortlichen ernsthaft und konsequent für die Einhaltung und Durchsetzung der grundlegenden Menschen- und Arbeitsrechte entlang der gesamten Wertschöpfungskette einsetzen“, so Pieper weiter.

Studie und Fact Sheet stehen [gedruckt](#) und zum Download ([Studie](#) | [Fact Sheet](#)) zur Verfügung.

Kontakt:

Anton Pieper, SÜDWIND, Tel.: +49 (0)228-76 36 98-18, E-Mail: pieper@suedwind-institut.de

Nora Große, INKOTA-netzwerk, Tel.: +49 (0)30-4208202-53, E-Mail: grosse@inkota.de

Change Your Shoes ist eine Initiative von 18 Menschenrechts-

und Arbeitsrechtsorganisationen, die sich für eine nachhaltige und ethische Schuhlieferkette einsetzen. Indem die Kampagne KonsumentInnen für einen nachhaltigen Lebensstil sensibilisiert, Lobbyarbeit bei PolitikerInnen und Labelorganisationen leistet und Unternehmen drängt, ihre Sorgfaltspflichten wahrzunehmen, zielt sie darauf ab, soziale und ökologische Bedingungen in der Schuh- und Lederindustrie zu verbessern. Das Projekt wird von der Europäischen Union finanziell unterstützt sowie von Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt und von Engagement Global im Auftrag des BMZ. Für den Inhalt sind die Herausgebenden allein verantwortlich.